

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dr. Hansjürgen Doss, Matthias Wissmann, Dr. Bernd Protzner, Klaus Brähmig, Albrecht Feibel, Klaus Francke, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Erich G. Fritz, Dr. Jürgen Gehb, Peter Götz, Kurt-Dieter Grill, Ernst Hinsken, Klaus Hofbauer, Ulrich Klinkert, Dr. Martina Krogmann, Dr. Norbert Lammert, Vera Lengsfeld, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Elmar Müller (Kirchheim), Bernd Neumann (Bremen), Friedhelm Ost, Thomas Rachel, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Dietmar Schlee, Margarete Späte, Dorothea Störr-Ritter, Max Straubinger, Andrea Voßhoff, Dagmar Wöhrl und der Fraktion der CDU/CSU

**zu der Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksachen 14/5838, 14/6866 –**

Unternehmer im Netzwerk – für eine Kultur der Selbständigkeit

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt es, dass die Bundesregierung in ihrer Antwort zu der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU den herausragenden Beitrag von Existenzgründern zu mehr Beschäftigung anerkennt.
2. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 - a) Deutschland steht als eine der führenden Wirtschaftsnationen unserer Erde in globalisierten Weltmärkten vor besonderen Herausforderungen.
 - b) Deutschland, so prognostizieren die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, wird in diesem Jahr das geringste Wirtschaftswachstum in der gesamten Euro-Zone haben.
 - c) Deutschland nimmt den letzten Rang innerhalb der gesamten Europäischen Union bei der Selbständigenquote ein.
 - d) Deutschlands Lehrplaninhalte, so unabhängige Fachleute, die internationalen TIMMS-Studien und die aktuelle PISA-Studie der OECD, sind in vielen Fächern nicht mehr zeitgemäß und deshalb reformbedürftig. Vor allem in der gründerspezifischen Aus- und Weiterbildung bestehen Nachteile zu anderen Ländern.
 - e) Deutschland braucht ein neues Unternehmerbewusstsein und geeignetere Rahmenbedingungen, um mehr Menschen den Weg in die Selbständigkeit zu ebnet und mehr Beschäftigung hierzulande zu generieren.
 - f) Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Unternehmer im Netzwerk – für eine Kultur der Selbständig-

keit“ zeigt deutlich, dass das Franchising und nach dem gleichen Grundprinzip organisierte Kooperationssysteme mit seiner Kernidee – der Begründung einer Partnerschaft zum gegenseitigen Vorteil zwischen zwei selbständigen Unternehmern – innerhalb weniger Jahre eine starke Stellung in der deutschen Wirtschaft errungen hat, eine in besonderem Maße geeignete Form für den Weg in die Selbständigkeit mit einer vergleichsweise weit überdurchschnittlichen Erfolgsquote ist und das in seinem Wachstumspotential noch lange nicht ausgeschöpft ist.

Allerdings kann die Antwort nicht verbergen, dass die Bundesregierung über kein gesichertes Datenmaterial der Netzwerk-Wirtschaft verfügt und sie deshalb lediglich auf Zahlen von Unternehmen, die im Deutschen Franchise-Verband e. V. organisiert sind, zurückgegriffen hat.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,
- a) die Maßnahmen gegen die so genannte Scheinselbständigkeit zurückzunehmen, um wieder eine differenzierte Existenzgründerkultur zu ermöglichen,
 - b) bei den Ländern auf die Entwicklung geeigneter Lehrplaninhalte zur Förderung einer Kultur der Selbständigkeit in Schule, Ausbildung und Universität sowie auf deren Umsetzung zu drängen,
 - c) einen Rahmenplan für die Förderung der Franchise-Wirtschaft und ähnlicher Kooperationsformen bis zum 1. Juni 2002 zu erstellen und dabei die besonderen Vorzüge dieser Wirtschaftsform auf dem Weg in die Selbständigkeit sowie die Schaffung einer Kultur der Selbständigkeit zu berücksichtigen,
 - d) eine umfassende Studie als Grundlage für die Erstellung und ständige Weiterentwicklung des Rahmenplans sowie der Lehrplanvorschläge zu erstellen und dabei die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen zu suchen. Hierzu bieten sich die von der Bundesregierung initiierten Gründerlehrstühle sowie das Internationale Centrum für Franchising & Cooperation an der Universität Münster an.

Die Studie soll gesichertes Datenmaterial zum Unternehmertum in Netzwerken generieren, Entwicklungspotentiale aufzeigen und geeignete rechtliche Rahmenbedingungen empfehlen, um so die zahlreichen Lücken in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU zu füllen und eine Bewertung des Modellgesetzes des International Institute for the Unification of Private Law (UNIDROIT) zur Rechtsvereinheitlichung der vorvertraglichen Aufklärungspflichten des Franchise-Gebers zu ermöglichen.

Berlin, den 20. November 2001

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Dr. Hansjürgen Doss
Matthias Wissmann
Dr. Bernd Protzner
Klaus Brähmig
Albrecht Feibel
Klaus Francke
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Erich G. Fritz
Dr. Jürgen Gehb
Peter Götz
Kurt-Dieter Grill

Ernst Hinsken
Klaus Hofbauer
Ulrich Klinkert
Dr. Martina Krogmann
Dr. Norbert Lammert
Vera Lengsfeld
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Elmar Müller (Kirchheim)
Bernd Neumann (Bremen)
Friedhelm Ost
Thomas Rachel
Hans-Peter Repnik

Dr. Heinz Riesenhuber
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Hartmut Schauerte
Karl-Heinz Scherhag
Dietmar Schlee
Margarete Späte
Dorothea Störr-Ritter
Max Straubinger
Andrea Voßhoff
Dagmar Wöhl
Friedrich Merz, Michael Glos
und Fraktion